

Prof. Dr. Jürgen Schwarze

Grundlagen, Gestaltungsformen, Grenzen

I. Einführung	21
1. Zielsetzung der Untersuchung	21
2. Gründe und Rahmenbedingungen für die Untersuchung	21
3. Der Untersuchungsgegenstand	23
4. Gliederung der Untersuchung	24
II. Das wirtschaftsverfassungsrechtliche Konzept der EU	27
1. Das Grundkonzept	27
2. Der europäische Binnenmarkt als Grundlage der Europäischen Union	31
3. Das Ausmaß des Europäischen Wirtschaftsrechts	33
III. Grundfreiheiten und Wettbewerbsrecht als Grundlagen des Binnenmarktes	37
1. Einführung: Die Kernelemente des Binnenmarktes	37
2. Die Kompetenz zur Rechtsangleichung im Binnenmarkt gemäß Art. 95 EG	38
3. Die Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes	41
a) Die Freiheit des Warenverkehrs	41
aa) Anwendungsbereich	41
bb) Gewährleistungsinhalt	42
cc) Unmittelbare Anwendbarkeit der Grundfreiheiten	43
dd) Maßnahmen gleicher Wirkung	44
ee) Rechtfertigungsgründe bei einem Eingriff	46
ff) Eingeschränkte Kontrolle gegenüber Verkaufsmodalitäten	48
gg) Rechtfertigung speziell durch Grundrechte	50
b) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	51
aa) Anwendungsbereich	51
bb) Gewährleistungsinhalt	53
cc) Drittwirkung	56
dd) Rechtfertigungsmöglichkeiten für einen Eingriff	56
ee) Unionsbürgerschaft und Sekundärrecht	59
ff) Diskriminierungsverbote im Berufsleben	59

(i)	Gleichstellung von Männern und Frauen im Berufsleben . . . . .	59
(ii)	Altersdiskriminierung und Kündigungsschutz . . .	61
gg)	Sonstige europarechtliche Auswirkungen auf das Arbeitsrecht . . . . .	64
c)	Die Niederlassungsfreiheit . . . . .	68
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	68
bb)	Gewährleistungsinhalt . . . . .	69
cc)	Mögliche Rechtfertigung eines Eingriffs. . . . .	72
dd)	Sekundärrecht . . . . .	73
(i)	Harmonisierung des mitgliedstaatlichen Gesellschaftsrechts. . . . .	73
(ii)	Gesellschaftsformen des europäischen Rechts . . .	76
(1)	Die Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung (EWIV). . . . .	77
(2)	Die Europäische Aktiengesellschaft (SE). . . . .	78
(3)	Die Europäische Genossenschaft (SCE). . . . .	80
(iii)	Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von ' Diplomen, Ausbildungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen. . . . .	81
d)	Die Dienstleistungsfreiheit . . . . .	82
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	82
bb)	Gewährleistungsinhalt . . . . .	84
cc)	Mögliche Rechtfertigung für Eingriffe. . . . .	85
dd)	Grenzen der Dienstleistungsfreiheit . . . . .	86
ee)	Sekundärrecht . . . . .	89
e)	Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . .	92
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	92
bb)	Gewährleistungsinhalt . . . . .	94
cc)	»Goldene« Aktien. . . . .	95
dd)	Beschränkungs- und Rechtfertigungsmöglichkeiten. . . . .	97
4.	Das europäische Wettbewerbsrecht . . . . .	99
a)	Einführung: Wettbewerbsregeln für Unternehmen - Art. 81 und 82 EG sowie Fusionskontrollrecht. . . . .	99
b)	Das Kartellverbot gemäß Art. 81 EG. . . . .	101
aa)	Das materielle Kartellverbot . . . . .	101
(i)	Das von Art. 81 EG untersagte Verhalten. . . . .	101
(ii)	Die Zwischenstaatlichkeitsklausel. . . . .	103
(iii)	Die Rechtsfolge des Art. 81 Abs. 2 EG. . . . .	104

- (iv) Ausnahmen vom Kartellverbot: Art. 81 Abs. 3 EG . . . . . 104
- bb) Änderungen durch die Kartellverfahrensverordnung VO (EG) Nr. 1/2003. . . . . 107
- c) Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung gemäß Art. 82 EG . . . . . 108
  - aa) Das von Art. 82 EG untersagte Verhalten . . . . . 108
  - bb) Revision des Art. 82 EG . . . . . 110
- d) Fusionskontrolle. . . . . 112
  - aa) Einführung . . . . . 112
  - bb) Die Fusionskontrollverordnung . . . . . 113
  - cc) Rechtsprechungspraxis zur Fusionskontrolle . . . . . 115
- e) Grundzüge des Kartellverfahrensrechts. . . . . 117
- f) Bußgelder. . . . . 118
- g) Öffentliche Unternehmen, Art. 86 EG. . . . . 124
  - aa) Einführung . . . . . 124.
  - bb) Die unterschiedlichen Adressaten des Art. 86 EG. . . . . 124
  - cc) Rechtsprechungspraxis zu Art. 86 EG. . . . . 128
  - dd) Neuerungen bezüglich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. . . . . 130
  - ee) Die Daseinsvorsorge in der europäischen Verfassungsreform . . . . . 130
- h) Wettbewerbsregeln für die Mitgliedstaaten:
  - Art. 87 EG. . . . . 132
  - aa) Einführung . . . . . 132
  - bb) Begriff der Beihilfe . . . . . 132
    - (i) Die einzelnen Merkmale der Beihilfe. . . . . 132
    - (ii) Gewährung einer Begünstigung . . . . . 134
    - (iii) Gewährung aus staatlichen Mitteln. . . . . 137
  - cc) Mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbare Beihilfen: Art. 87 Abs. 2 EG. . . . . 139
  - dd) Das Beihilfekontroll verfahren . . . . . 139
  - ee) Die Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger Beihilfen . . . . . 140
  - ff) Aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet des Beihilfenrechts. . . . . 142
- i) Das Wettbewerbsrecht nach dem Verfassungsvertrag . . 144
- 5. Sonderbereiche. . . . . 144
  - a) Die Landwirtschaft . . . . . 144

aa)	Der Agrarmarkt als Teil des Gemeinsamen Marktes. . . . .	144
bb)	Die Besonderheiten des Agrarmarkts. . . . .	147
cc)	Das EG-Agrarrecht in der Praxis. . . . .	151
dd)	Resume: Die Bedeutung der Landwirtschaft für die EU und das Gemeinschaftsrecht . . . . .	152
b)	Die Steuerpolitik. . . . .	153
aa)	Einführung. . . . .	153
bb)	Kompetenzen der Union und Harmonisierung steuerrechtlicher Regelungen. . . . .	155
(i)	Direkte und indirekte Steuern. . . . .	155
(ii)	Unterschiede zwischen Art. 93 EG und Art. 94 EG. . . . .	156
(iii)	Getroffene Harmonisierungsmaßnahmen. . . . .	156
cc)	Einwirkung allgemeiner europarechtlicher Rechtsgrundsätze auf das Steuerrecht . . . . .	157
(i)	Rechtssache Manninen. . . . .	159
(ii)	Rechtssache Marks & Spencer. . . . .	160
(iii)	Urteilswirkungen. . . . .	162
(1)	Problematik. . . . .	162
(2)	Besondere Situation im Steuerrecht. . . . .	163
(3)	Mögliche Abhilfe durch die Rechtsprechung . . . . .	163
dd)	Konfliktpotential im Bereich der harmonisierten Steuern. . . . .	164
ee)	Konsequenzen. . . . .	165
c)	Das öffentliche Auftragswesen. . . . .	165
aa)	Die verschiedenen Ebenen rechtlicher Regelungen. . . . .	166
bb)	Europäisches Gemeinschaftsrecht . . . . .	167
(i)	Primärrecht . . . . .	167
(1)	Die Bedeutung der Grundfreiheiten. . . . .	168
(2)	Die Anwendbarkeit der Beihilfenvorschriften . . . . .	169
(3)	Öffentliche Aufträge im Verteidigungssektor . . . . .	170
(ii)	Europäische Vergaberichtlinien. . . . .	171
(1)	Die materiellen Vergaberichtlinien der Gemeinschaft . . . . .	172
(a)	Die neue Vergabekoordinierungsrichtlinie. . . . .	173
(b)	Die neue Sektorenrichtlinie. . . . .	174
(c)	Der Auftraggeber i. S. d. Vergabekoordinierungsrichtlinie. . . . .	175

(d)	Die Bedeutung der Schwellenwerte . . . . . v.	176
(2)	Die Rechtsmittelrichtlinien . . . . .	177
(a)	Rechtsweg und Instanzenzug . . . . .	178
(b)	Kontrolldichte bei der Nachprüfung des Vergabeverfahrens. . . . . i	178
(c)	Überarbeitung der Rechtsmittelrichtlinie . . . . .	179
IV.	Die Außendimension des Binnenmarktes - Die gemeinsame Handelspolitik . . . . .	181
1.	Begriff und Grundlagen der gemeinsamen Handels- politik . . . . .	181
a)	Kompetenzen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik . . . . .	181
b)	Der Begriff der gemeinsamen Handelspolitik . . . . .	183
c)	Neuerungen auf Grund des Vertrages von Nizza . . . . .	185
d)	Die Regelungen im Europäischen Verfassungsvertrag . . . . .	186
2.	Die Anwendbarkeit von WTO-Vorschriften im Gemeinschaftsrecht . . . . .	187
a)	Die Rechtslage unter dem GATT 1947. . . . .	187
b)	Die Rechtslage nach Abschluss des WTO-Überein- kommens. . . . .	188
c)	Alternative Handlungsmöglichkeiten. . . . .	190
3.	Gestaltungsmittel der EU im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik . . . . .	190
a)	Handelspolitische Schutzmaßnahmen. . . . .	190
aa)	Die handelspolitischen Schutzmaßnahmen im Überblick .>. . . . .	190
bb)	Insbesondere: Antidumping-Maßnahmen . . . . .	191
(i)	Möglichkeiten des Rechtsschutzes gegen Antidumping-Maßnahmen . . . . .	191
(ii)	Materielle Kontrolldichte bei Klagen gegen Antidumping-Maßnahmen. . . . .	193
b)	Wirtschaftssanktionen. . . . .	195
aa)	Kompetenzgrundlagen. . . . .	195
bb)	Wirtschaftssanktionen in der gerichtlichen Praxis. . . . .	195
4.	Die EG als Zollunion. . . . .	199
a)	Kompetenzgrundlagen für das Zollrecht . . . . .	200
b)	Zollrechtliches Sekundärrecht und seine Anwendung..	201
c)	Maßstäbe der Rechtsprechung. . . . .	203

V. Die Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	205
1. Strukturentscheidungen . . . . .	205
2. Die rechtlichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungspolitik . . . . .	206
3. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungspolitik . . . . .	207
4. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt . . . . .	209
a) Ursprüngliche Ausgestaltung . . . . .	209
b) Ziele . . . . .	210
c) Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich . . . . .	210
d) Gerichtliche Kontrolle . . . . .	211
e) Reformen . . . . .	212
5. Der Europäische Verfassungsvertrag . . . . .	213
VI. Die wirtschaftsbezogenen Grundrechte . . . . .	215
1. Die wirtschaftsbezogenen Grundrechte nach geltendem Recht . . . . .	215
a) Der Grundrechtsschutz in der Europäischen Union . . . . .	215
aa) Einführung . . . . .	215
bb) Grundrechtlich geschützte Wirtschaftsbereiche . . . . .	218
b) Die Berufsfreiheit . . . . .	219
aa) Einleitung . . . . .	219
bb) Schutzbereich . . . . .	220
(i) Sachlicher Schutzbereich . . . . .	220
(ii) Persönlicher Schutzbereich . . . . .	222
cc) Eingriff . . . . .	223
dd) Rechtfertigungsmöglichkeiten für Eingriffe in die Berufsfreiheit . . . . .	224
c) - Das Recht auf Eigentum . . . . .	225
aa) Einführung . . . . .	225
bb) Schutzbereich . . . . .	226
cc) Eingriff . . . . .	228
dd) Mögliche Rechtfertigungsgründe für Eingriffe in das Eigentum . . . . .	228
(i) Grundsätzliche Rechtfertigung von Eingriffen in das Eigentumsrecht . . . . .	228
(ii) Spezielle Aspekte bei der Bestimmung der Eingriffsschranken . . . . .	229
(1) Berufung auf das Recht der Meinungsfreiheit . . . . .	229
(2) (Grund-)Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren . . . . .	230

(3) Die besondere Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der wirtschaftsbezogenen Grundrechte . . . . .	231
2. Charta der Grundrechte/Teil II des EVV. . . . .	232
a) Die allgemeine Bedeutung der Europäischen Grundrechtecharta . . . . .	232
b) Inhaltliche Neuerungen durch die Charta bzw. den Europäischen Verfassungsvertrag . . . . .	234
3. Folgerungen . . . . .	236
VII. Gestaltungsformen des europäischen Wirtschaftsrechts . . . . .	237
1. Die Handlungsformen der Gemeinschaft . . . . .	237
a) Primäres Gemeinschaftsrecht und sekundäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	237
b) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	238
aa) Inhalt des Prinzips. . . . .	238
bb) Auswirkungen auf die Handlungsformen. . . . .	239
cc) Folgen der Wahl der Kompetenzgrundlage für die sekundäre Gesetzgebung . . . . .	240
c) Die Handlungsformen des sekundären Gemeinschaftsrechts. . . . .	241
aa) Die Verordnung, Art. 249 Abs. 2 EG . . . . .	242
(i) Rechtsnatur und Wirkung . . . . .	242
(ii) Allgemeine Geltung . . . . .	242
(iii) Gesamtverbindlichkeit . . . . .	243
(iv) Unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	244
(v) Verordnungsgeber. . . . .	246
bb) Die Richtlinie, Art. 249 Abs. 3 EG . . . . .	246
(i) Rechtsnatur und Wirkung . . . . .	246
(ii) Regelungsintensität: Zulässigkeit detaillierter Richtlinien . . . . .	247
(iii) Art und Weise der Umsetzung in innerstaatliches Recht . . . . .	249
(1) Umsetzungsfrist . . . . .	249
(2) Wahl der Form und Mittel. . . . .	250
(3) Umsetzung durch Verwaltungspraxis, Verweisung oder Verwaltungsvorschriften . . . . .	252
(iv) Sperrwirkung. . . . .	253
(v) Richtlinienkonforme Auslegung. . . . .	T. 254
(vi) Sanktionen bei fehlender Umsetzung . . . . .	256



cc)	Die Entscheidung, Art. 249 Abs. 4 EG . . . . .	257
(i)	Individuelle Geltung . . . . .	257
(ii)	Gesamtverbindlichkeit . . . . .	258
(iii)	Zulässigkeit beigefügter Nebenbestimmungen . . . . .	259
dd)	Die Empfehlung und Stellungnahme, Art. 249 Abs. 5 EG . . . . .	259
(i)	Rechtsnatur und Wirkung . . . . .	259
(ii)	Erlassendes Organ, Adressaten . . . . .	260
(iii)	Sonstige Rechtsakte der EG . . . . .	261
d)	Die Normenhierarchie innerhalb des Sekundärrechts . . . . .	262
e)	Die Rechtsakte der Union nach dem Europäischen Verfassungsvertrag . . . . .	264
2.	Das System des administrativen Vollzugs des Gemein- schaftsrechts . . . . .	266
a)	Das Trennungsprinzip . . . . .	266
b)	Das Kooperationsprinzip - das »Netzwerk« der Wettbewerbsbehörden als Beispielfall . . . . .	270
3.	Resume. . . . .	272
VIII. Der Rechtsschutz im europäischen Wirtschaftsrecht . . . . . 274		
1.	Einleitung . . . . .	274
a)	Die Bedeutung des Rechtsschutzes im Gemein- schaftsrecht . . . . .	274
b)	Der Rechtsprechungsauftrag der Gemeinschafts- gerichte . . . . .	275
c)	Die rechtsschutzfreundliche Auslegung des Gemein- schaftsrechts . . . . .	275
d)	Übersicht über die behandelten einzelnen Rechts- schutzfragen . . . . .	276
2.	Die Rechtsbehelfe im Einzelnen . . . . .	276
a)	Die Nichtigkeitsklage . . . . .	276
aa)	Funktion und Schutzrichtung . . . . .	276
bb)	Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	277
(i)	Anfechtbare Rechtsakte . . . . .	278
(ii)	Rechtsschutz gegen Entscheidungen . . . . .	278
(iii)	Rechtsschutz gegen Verordnungen . . . . .	278
(iv)	Unmittelbare und individuelle Betroffenheit . . . . .	280
(1.)	Unmittelbare Betroffenheit . . . . .	281
(2.)	Individuelle Betroffenheit . . . . .	281
(v)	Ergebnis . . . . .	284

b)	Das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	286
aa)	Funktion und Schutzrichtung . . . . .	286
bb)	Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	286
cc)	Ergebnis . . . . .	288
c)	Die Schadensersatzklage . . . . .	289
aa)	Funktion und Schutzrichtung . . . . .	289
bb)	Voraussetzungen der Amtshaftung der Gemeinschaft . . . . .	289
(i)	Allgemeine Haftungsvoraussetzungen . . . . .	290
(ii)	Haftung für normatives Unrecht . . . . .	290
(iii)	Angleichung der Haftungsvoraussetzungen für Gemeinschaftsorgane und Mitgliedstaaten . . . . .	291
(iv)	Angleichung der Haftungstatbestände für normatives und administratives Unrecht . . . . .	292
cc)	Die Haftung der Mitgliedstaaten bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht . . . . .	293
(i)	Die Voraussetzungen der mitgliedstaatlichen Haftung . . . . .	294'
(ii)	Die Durchsetzung des Haftungsanspruchs . . . . .	295
dd)	Ergebnis . . . . .	296
3.	Die gerichtliche Durchsetzung der Wirtschaftsgrund- rechte . . . . .	297
a)	Aktuelle. Rechtsschutzmöglichkeiten in Grundrechts- fragen . . . . .	298
b)	Einführung einer europäischen Grundrechts- beschwerde . . . . .	299
4.	Die Effektivität des Individualrechtsschutzes . . . . .	299
a)	Zugang zum Gericht . . . . .	300
b)	Wirksamkeit des Rechtsschutzes . . . . .	300
c)	Rechtzeitiger Rechtsschutz . . . . .	300
5.	Organisatorische Ausgestaltung des Rechtsschutzes . . . . .	301
a)	Dreistufigkeit . . . . .	302
b)	Revisionsmöglichkeiten . . . . .	302
6.	Die richterliche Kontrolldichte . . . . .	303
7.	Resume . . . . .	304

IX. Die Weiterentwicklung des europäischen Wirtschaftsrechts und neue Politikfelder der Gemeinschaft . . . . .	306
1. Die als Annex zum Wirtschaftsrecht entwickelten Politikfelder . . . . .	307
a) Umweltpolitik . . . . .	308
aa) Kompetenzgrundlagen der EG-Umweltpolitik . . .	308
(i) Die Entwicklung einer Annexkompetenz . . . . .	309
(ii) Die ausdrückliche Anerkennung einer EG-Kompetenz . . . . .	310
bb) Die Bedeutung des Umweltschutzes im Primär- und Sekundärrecht . . . . .	312
cc) Resume . . . . .	314
b) Verbraucherschutz . . . . .	315
aa) Entwicklung und Ausgestaltung der EG-Verbraucherschutzpolitik im Primärrecht . . .	315
bb) Verbraucher und Verbraucherleitbild im EG-Recht . . . . .	317
cc) EG-Sekundärrecht auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes . . . . .	319
2. Grenzbereiche . . . . .	320
a) Bildungspolitik . . . . .	320
aa) Primärrechtliche Grundlagen der EG-Bildungspolitik . . . . .	321
bb) Rechtsprechung des EuGH . . . . .	322
b) Kultur- und Medienpolitik . . . . .	324
aa) Primärrechtliche Grundlagen der EG-Medien- und Kulturpolitik . . . . .	325
bb) Kompetenzverteilung . . . . .	327
cc) Die Medien- und Kulturpolitik im Europäischen Verfassungsvertrag . . . . .	329
dd) Resume . . . . .	329
3. Neue Zuständigkeiten - Die Unionsbürgerschaft . . . . .	330
a) Grundlagen . . . . .	331
b) Schutzrichtung . . . . .	331
c) Beispiele aus der Rechtsprechung . . . . .	333
d) Kritik . . . . .	336
e) Die Unionsbürgerrichtlinie 2004/38/EG . . . . .	338
f) Der Europäische Verfassungsvertrag . . . . .	339
4. Resume . . . . .	339

X. Grenzen des europäischen. Wirtschaftsrechts. . . . .	341
1. Einführung . . . . .	341
a) Problemstellung . . . . .	341
b) Gliederungsübersicht . . . . .	341
2. Die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. . . . .	342
a) Die geltende Rechtslage. . . . .	342
aa) Grundsätze. . . . .	342
(i) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	342
(ii) Implied powers und effet utile. . . . .	343
(iii) Kompetenztypen. . . . .	344
bb) Das Subsidiaritätsprinzip. . . . .	345
(i) Grundlagen und Justiziabilität . . . . .	345
(ii) Gründe für die Verankerung des Subsidiaritäts- prinzips im Unionsrecht . . . . .	347
(iii) Wahrung der Identität der Mitgliedstaaten. . . . .	348
(iv) Das Subsidiaritätsprinzip als elementares Unionsinteresse. . . . .	349
cc) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	350
dd) Die Binnenmarktkompetenz. . . . .	350
(i) Grundlagen . . . . .	351
(ii) Gründe für die Einführung von Art. 95 EG. . . . .	352
(iii) Art. 95 EG und der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	352
(iv) Voraussetzungen. . . . .	353
(v) Primärrechtliche Grenzen. . . . .	357
(vi) Notwendige Einschränkungen des Anwendungs- bereichs von Art. 95 EG. . . . .	358
ee) Kompetenzen auf dem Gebiet des Wettbewerbs- rechts. . . . .	360
b) Die Ausgestaltung im Europäischen Verfassungs- vertrag. . . . .	361
aa) Allgemeine Zuständigkeitsregeln. . . . .	361
(i) Kompetenztypen . . . . .	361
(ii) Flexibilitätsklausel . . . . .	362
(iii) Bewertung . . . . .	363
bb) Die allgemeinen Kompetenzausübungsregeln <- der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit . . . . .	363
cc) Die Binnenmarktkompetenz . . . . .	363

dd)	Kompetenzen auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts . . . . .	364
c)	Vorschläge zur besseren Kompetenzabgrenzung in Bezug auf den Binnenmarkt . . . . .	365
3.	Kompetenzausdehnung durch Richterrecht . . . . .	366
a)	Gegenüber den Mitgliedstaaten: Die Anwendung allgemeiner europarechtlicher Grundsätze auf Gebieten ohne eigentliche Gemeinschaftskompetenz . . . . .	366
b)	Gegenüber dem Unionsgesetzgeber: Beispiel Unionsbürgerschaft . . . . .	368
c)	Einschränkungen der Urteilstwirkungen . . . . .	369
aa)	Begrenzung der Auswirkungen der Urteile für , die Mitgliedstaaten . . . . .	369
(i)	Möglichkeiten der Begrenzung . . . . .	371
(ii)	Kein Freibrief für die Mitgliedstaaten . . . . .	373
bb)	Rücksichtnahme auf den Rechtssicherheitsbedarf der, Unternehmen . . . . .	373
4.	Überschießende Richtlinienumsetzung (»gold plating«) . . . . .	374
a)	Begriffsbestimmung . . . . .	374
b)	Europarechtliche Vorgaben . . . . .	375
c)	Aufsplitterung des Binnenmarktes . . . . .	376
5.	Umstrittene Gesetzgebungsvorhaben . . . . .	377
a)	Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	378
b)	Weitere Reformvorschläge . . . . .	378
aa)	Chemikalienverordnung (»REACH«) . . . . .	379
bb)	Arbeitszeitrichtlinie . . . . .	380
cc)	Richtlinie zur optischen Strahlung . . . . .	381
c)	Reaktion der Union: »Bessere Rechtsetzung« und Health-Claims-Verordnung . . . . .	•••• 382
d)	Bewertung . . . . .	384
6.	Neuere Entwicklungen . . . . .	385
a)	Ausdehnung des Anwendungsbereichs des europäischen Wirtschaftsrechts seitens der EU . . . . .	386
aa)	Fusionskontrolle . . . . .	386
bb)	Energiepolitik . . . . .	387
b)	Re-Nationalisierungsbestrebungen in den Mitgliedstaaten . . . . .	389
aa)	Fusionen . . . . .	389
(i)	EON/Endesa . . . . .	390

(ii) Gaz de.France/Suez . . . . .	391
(iii) UniCredit/Hypovereinsbank . . . . .	392
bb) Bewertung . . . . .	393
7. Schlussfolgerungen . . . . .	393
XL Resume - Perspektiven des europäischen Wirtschaftsrechts. . . . .	395
Literaturverzeichnis . . . . .	411
Stichwortverzeichnis . . . . .	435